

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschüttet wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quist.  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgesetzte Koloniezeit:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Internationale und Sprache

Zu dem unter dieser Überschrift erschienenen Aufsatz in Nr. 9 ging uns vor langerer Zeit eine umfangreiche Erwiderung vom Genosse F. H. zu. Aus Mangel an Raum haben wir diese bisher noch nicht abdrucken können. Wir können sie auch jetzt nicht ganz abdrucken und müssen einzelne minder wichtige Stellen auszugsweise wiedergeben, um so mehr, als wir in Abetracht der Wichtigkeit der Sache es für nötig hielten, auch dem Verfasser des Aufsatzes in Nr. 9 noch einmal das Wort zu geben. Da es sich um eine sehr sachliche Erörterung handelt, so geschieht dabei keinem Unrecht. F. H. schreibt:

*Wenn die letzten Scheidelinien zwischen den Nationen fallen...*

Vor einigen Wochen las ich einen Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung, überschrieben: „Internationale und Sprache“, dessen Verfasser die Forderung stellt, daß die organisierte Arbeiterschaft in Zukunft die Erlernung fremder Sprachen einfacher betreiben muß als bisher. Und er hat nicht so ganz unrecht. Die internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft und besonders ihre internationalen Zusammenkünfte waren bisher nicht das, was sie sein sollten und sein mühten. Nicht eine Versöhnung aller, sondern nur eine Versöhnung einzelner Personen. Rautal sagt in seiner Abhandlung „Mittel-Europa“ selbst: „Man mag jeden in seiner Sprache reden lassen, aber wo er von der Mehrheit nicht verstanden wird, ist es ebenso gut, wie wenn man ihm das Reden verbiete. Die arbeitenden Massen sind nun heute selten in der Lage, fremde Sprachen zu erlernen und zu bemühen. Sie bleiben für ihre Auflärung wie für die Geltendmachung ihrer Interessen auf ihre Muttersprache beschränkt. Das kann für die Internationale noch einmal eine große Schwierigkeit werden. Schon der bisherige Modus der Verhandlungen ihrer Zusammenkünfte in den drei Weltsprachen mit Übersetzungen ist höchst schwierig. Es wäre schwer möglich, noch weitere Verhandlungssprachen hinzuzufügen. Bisher war das auch nicht so dringend nötig, solange sich die Hauptmasse der Teilnehmer aus dem angelsächsischen, romanischen und deutschen Sprachkreis rekrutierte. Und doch waren bisher schon zahlreiche Genossen an den Teilnahmen an den Verhandlungen der Internationale durch mangelnde Sprachkenntnisse behindert.“ Nun führt Genosse Rautal noch ein Beispiel an, wie es einmal auf dem Saarler Kongress (1872) außerordentlich leidhaft zuging. Einige der anwesenden Franzosen, namentlich aber auch der Spanier, machten ununterbrochen Zwischenrufe und Ausführungen zur Geschäftsordnung, die alle zu übersehen unmöglich war. Daraufhin brachten eine Reihe Delegierter folgenden Protest ein: „Die unterzeichneten Mitglieder des Kongresses protestieren dagegen, daß die Mehrheit der Kongressdelegaten, die andere Sprachen sprechen, gänzlich die Rechte jener Mitglieder missachten, die bloß englisch verstehen. Die Schwierigkeit, die an Unmöglichkeit grenzt, den Verhandlungen zu folgen und sich über eine Frage zu informieren, verurteilt unsere Delegation zur Richtigkeit und macht unsere Anwesenheit zu einer Posse.“

Das war 1872. Wollen wir einmal offen und ehrlich die Frage beantworten: Hat sich inzwischen im Laufe der Jahre etwas daran geändert? Nein! Immer und immer wieder zeigten alle nachfolgenden internationalen Kongresse der Arbeiterschaft ähnliche Verhältnisse, wenn auch nicht in so kraassen Formen, vielleicht auch vereinzelt noch schlimmer. Gewiß, wir haben in Deutschland, und auch im Auslande, eine Anzahl Genossen, die fremde Sprachen mächtig sind; diejenigen, die englisch oder französisch hier bei uns radebrechen, kommen dabei überhaupt nicht in Betracht. Ziehen wir den Prozentsatz im Vergleich zu der großen Masse, so wird eine verschwindend kleine Zahl herauskommen.

(F. H. schüttet dann die Schwierigkeiten, die es macht, fremde Sprachen zu erlernen. Eine weitere Schwierigkeit beim Gebrauch einer fremden Sprache seien die vielen Mundarten, deren es in den fremden Sprachen auch genug gäbe und die auch für solche schwer zu verstehen seien, die die betreffende fremde Sprache in der Schriftform beherrschen.)

Nun kann man sich einen ungefähren Begriff davon machen, wie es mit der Versöhnung auf einem internationalen Kongress aussieht, wo die Verhandlungen in drei Sprachen geführt werden. Angenommen, alle Vertreter sprechen eine oder zwei Sprachen, so bleibt immerhin das bisherige Verfahren höchst schwierig. Die große Mehrzahl der Vertreter auf internationalen Kongressen der Arbeiterschaft besitzt aber diese Sprachkenntnisse nicht. Kann da von einer wirklichen Versöhnung die Rede sein? Ich bestreite das entschieden. Es ist für einen Redner ein eigenartiges Gefühl, mit dem Bewußtsein zu sprechen, nur von einer kleinen Anzahl der Anwesenden verstanden zu werden und umgekehrt um so peinlicher und lästiger für die Zuhörer ein stundenlanges Referat anzuhören, kein Wort davon zu verstehen und auf die Ueersetzung warten zu müssen. Abgesehen von der wertvollen Zeit, die dabei verloren geht und anders weit besser ausgenutzt werden könnte, ist sehr häufig dann der Redner auch nicht einmal in der Lage, nachprüfer zu können, ob seine Gedanken bei den Ueersetzungen wirklich in die Form gefleitet worden sind, wie er sie, um verständlich zu sein und zur Vermeidung von Irrtümern für unbedingt notwendig hält. Von einer erspielichen Erörterung des behandelten Gegenstandes kann unter solchen Umständen erst recht nicht die Rede sein. Es ist vorgekommen, daß man sich halbe Tage lang um eine durchgesetzte Resolution herumstritt, weil die verschiedenen Ueersetzungen sinnentfernt von einander abweichen. Was soll man dann erst von den Ueersetzungen stundenlangen Referate erwarten?

„Das muß in Zukunft anders werden“, meinte der Verfasser des Straußels „Internationale und Sprache“. Unbedingt hat er damit Recht. Es handelt sich nur um das „wie“. (F. H. meint sodann, wenn deutsche Arbeiter bereit seien, die englische Sprache zu erlernen, dann müßten sich auch die englischen Genossen die Erlernung der deutschen Sprache angelegen sein lassen). Glauben wir vielleicht, daß sie das tun würden? Ich glaube es nicht. Nicht etwa aus dem Grunde, weil der Engländer, wie man so häufig zu hören bekommt, einfach sagt:

„Wer sich mit mir zu verständigen wünscht, mag englisch sprechen.“ Vor einigen Jahren besuchte mich ein englischer Parteigenosse und wir unterhielten uns unter anderem auch über diesen Punkt, wobei er mir erläuterte: „Ja, euer Deutsch ist uns zu schwer.“ In der Tat ist das auch unbestreitbar der Fall. Bekanntlich ist ja die deutsche Sprache einer der schwersten Nationalsprachen. Wir hätten bei den Engländern nach meiner Überzeugung wenig Aussicht auch wenn nur auf einen geringen Erfolg, selbst wenn bei ihnen der beste Wille vorhanden wäre, den Vorschlag durchzuführen. In Deutschland würde es nicht viel besser sein.

(F. H. erwirft das bisherige Verfahren, auf den internationalen Kongressen in drei Sprachen zu verhandeln. Im folgenden zeigt er, wie er sich die Lösung der Schwierigkeit denkt:)

Nach der Auffassung des Artikelschreibers soll ja auch eine künstliche HilfsSprache für unsere internationalen sozialistischen Kongresse ausreichen. Östern 1913 nahm ich als Delegierter an den Verhandlungen des Bundesstages vom Deutschen Arbeiterschaftsverband in Frankfurt a. M. teil. Anwesend waren Gäste aus Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Italien, England und Österreich-Ungarn. Die Verhandlungen wurden natürlich aus Rückicht auf die erschienenen Ausländer in Esperanto geführt. Man muß solche Stunden selbst miterlebt haben, um nachzuhören zu können, mit welcher Begeisterung die Glückwünsche unserer ausländischen Gäste empfangen und erwidert wurden. Mit reger Teilnahme verfolgten alle Anwesenden den Gang der Verhandlungen. Und alles in einer Sprache. Es gibt Zeiten freudiger Überfrachtung im Leben, wobei einem die Freudentränen in die Augen treten und wenn ich auch nicht viele solcher Augenblicke in meinem Proletarierleben zu verzeichnen habe, einer von ihnen war sicher das Osterfest 1913. Mit Stolz und Freude werde ich jederzeit der Stunden gedenken, die ich damals in Frankfurt im Kreise meiner ausländischen Gefährten und Freunden und Freunden verlebt habe. So dringend notwendig eine Umwandlung der Beziehungen des Proletariats durch bessere Versöhnungsmöglichkeit immer mehr erkannt und gefordert wird, so ablehnend hat sich bisher ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftspresso gegenüber einer Welt-HilfsSprache verhalten. Hoffentlich gelangt man jetzt auch in jenen Kreisen zu einer besseren Ansicht und versucht wenigstens einmal, eine derartig wichtige Frage auf ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen.

Was wir fordern müssen zum Wohle der gesamten Menschheit — und das ist unser gutes Recht — ist eine Versöhnungsmöglichkeit aller Menschen in einer Sprache. Die Erlernung von Nationalsprachen können wir Arbeitern nicht zumuten. Wer über genügend Zeit dazu verfügt, mag dies tun; es werden nur wenige sein. Einen Nutzen zugunsten unserer internationalen Beziehungen gewinnen wir dadurch nicht.

Erst wenn die letzten Scheidelinien zwischen den Völkern fallen, wenn man dazu übergeht, sich mit allen Arbeitsbrüdern der ganzen Welt durch eine leicht erlernbare HilfsSprache zu verständigen, wenn man internationale Zeitungen in einer Sprache herausgeben wird, dann wird die Arbeiterschaft vieles, vielleicht alles gewonnen haben.

F. H.

Der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 9 schreibt dazu folgendes:

„Dass bessere internationale Versöhnung notwendig ist, darüber sind wir einig. Aber über das Wie gehen unsere Meinungen auseinander. Trotz aller Hochachtung, die ich vor den Bestrebungen habe, eine verhältnismäßig leicht erlernbare internationale HilfsSprache einzuführen, glaube ich, daß der Arbeiterschaft noch nicht vollständig geholfen wäre, wenn es gelänge, einen maßgebenden Beschluss durchzubringen, wonach Esperanto oder Ido oder sonst irgend eine HilfsSprache als internationales Verständigungsmittel dienen soll. Genosse F. H. schreibt von den erhebenden Gefühlen, die er gehabt hat, als er die Begrüßungsreden von ausländischen Esperantisten hörte. Ich habe schon manche Begrüßungsrede von ausländischen Kollegen und Genossen gehört und ebenfalls erhebende Gefühle dabei gehabt, namentlich in den Jahren, wo es mit noch etwas neuem war. Ich kann also dem Genossen F. H. nachfühlen und will gern glauben, daß die Gefühle noch erhabender sind, wenn es sich um eine künstliche HilfsSprache handelt, die alle Anwesenden mehr oder weniger gut erlernt haben in dem Bestreben, die internationale Versöhnung zu erleichtern. Aber, Genosse F. H., was haben Sie auf Ihrem Esperantisten-Bundestag a u b e r d e m noch verhandelt? Wahrscheinlich nur das, was gewöhnlich auf derartigen Zusammenkünften erledigt wird: Begrüßungsreden, Berichte, Beratungen über die Betätigkeit usw. Ich zweifle gar nicht, daß das Esperanto dazu vollständig ausreicht. Hat man aber schon einmal einen Versuch gemacht, auf irgend einer internationalen Zusammenkunft, wo w i s s e n s c h a f t l i c h e oder p o l i t i s c h e oder sonst irgend welche anderen Angelegenheiten verhandelt wurden, in Esperanto zu verhandeln oder es als Ueberlegungssprache zuzulassen? Mir ist davon nichts bekannt. Wenn ja etwas geschehen wäre, so hätten die Esperantisten doch wohl dafür gesorgt, daß die Deutlichkeit von diesem Erfolge Kenntnis erlangt. Es mag sein, daß die bisherige Gewohnheit noch zu mächtig ist, aber selbst davon abgesehen, glaube ich, daß das Esperanto noch zu wenig ausgebaut ist, als daß es für alle F a c h a u s d r ü c k e schon Uebersetzungen hätte. Ich bin nicht ohne Kenntnis des Esperanto und könnte einige Beispiele für die Berechtigung meiner Ansicht vorführen, muß jedoch aus Rücksicht auf den Raum darauf verzichten.“

Hinzu kommt noch der Bank unter den Anhängern der verschiedenen WeltSprachen. Der Wettbewerb mag für die Entwicklung der besten HilfsSprache entscheidlich sein; es ist jedoch nicht zu verleugnen, daß der Systemstreit vorläufig noch ein starkes Hindernis für die Einführung einer HilfsSprache auf internationalen Arbeiterschaftskongressen ist.

Trotzdem hoffe ich, daß auch die HilfsSprachenbewegung uns nützen kann und darum beurteile ich die Bestrebungen für Einführung einer künstlichen HilfsSprache nicht so ungünstig wie es zuvor wurden? Ich glaube es nicht. Nicht etwa aus dem Grunde, weil der Engländer, wie man so häufig zu hören bekommt, einfach sagt:

Genosse F. H. übersieht aber etwas sehr wichtiges. Zur Pflege internationaler Beziehungen genügt es nicht, daß die Vertreter der verschiedenen Länder auf Kongressen in mehr oder weniger gemütlicher Weise beisammen sind. Davon haben wir für die allgemeine Arbeiterschaft und auch für die wichtigsten Berufe schon genug gehabt und wie wenig die Arbeiter der verschiedenen Länder dabei einander kennen gelernt haben, ist in dieser Kriegszeit deutlich aufzugehen. Gerade darauf kommt es nach meiner Meinung aber noch viel mehr an als darauf, ob die Kongresse ein paar Tage früher oder später stattfinden werden. Wenn das in meinem ersten Aufsatz nicht genügend deutlich zum Ausdruck gekommen ist, so sei es hiermit nachgeholt. Es handelt sich darum, daß wir möglichst genaue Kenntnis von den Arbeiterschaften der verschiedenen Länder und den Bestrebungen unserer Arbeitsbrüder erlangen und dafür sorgen, daß unsere deutschen Kollegen und Genossen möglichst großen Nutzen ziehen. Zu diesem Zweck sollen die Abgesandten der deutschen Arbeiter so viel wie möglich mit der Masse der Arbeiter in den anderen Ländern in Fühlung treten, und, Genosse F. H., so möglich das Esperanto sich gelegentlich auch schon erweitern haben mög. in solchen Fällen wird es versagen. Da muß man schon die Sprache des betreffenden Landes kennen.

Genosse F. H. hat es sich angelegen sein lassen, die Schwierigkeit, fremde Sprachen zu erlernen, als durchaus groß zu schreiben. Er ist damit nur den Esperanto-Werbeschreibern gefolgt. Da kann man ja etwas ebenfalls lesen. Als Gegenstück wird dann gezeigt, wie leichtlich das Esperanto sei. Das ist nach beiden Seiten übertrieben. Erstens ist das Esperanto nicht so leicht, wie es hingestellt wird (ich weiß das aus eigener Erfahrung) und zweitens ist es — abgesehen von den slavischen Sprachen und einigen anderen, die aber vorläufig weniger in Betracht kommen — für einen gescheiten Arbeiter durchaus nicht unmöglich, in nicht zu langer Zeit sich so viel Kenntnis von einer fremden Sprache anzueignen, daß er sie ziemlich flott lesen und sich darin ausdrücken kann. Es ist nicht notwendig, daß er die fremde Sprache bis in alle Feinheiten beherrscht. F. H. schreibt geringschätzig vom „Radebrechen“. Genosse F. H., waren Sie schon einmal in einem Lande, dessen Sprache Sie nicht kannten und wo Sie dann sehen mußten, wie Sie ohne Hilfe zurechtkommen? Da würden Sie froh gewesen, wenn Sie nur ein wenig „radebrechen“ könnten. An mir selber habe bei meinen allerdings nur kurzen Aufenthalten im Ausland nicht diese Erfahrung machen müssen, weil ich die betreffenden Sprachen sowieso beherrschte, daß ich mich wenigstens verständigen konnte. Ich habe aber beobachtet, wie über Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland waren, wenn sie kein Wort von der fremden Sprache verstanden. Dann hätte Esperanto Ihnen auch nichts genützt. Man urteile also nicht so weitmündend darüber, wenn einer eine fremde Sprache nicht ganz fehlerfrei beherrscht. Bei längerem Aufenthalt im Ausland geht die Versöhnung mit der Zeit immer leichter, weil man dann täglich Gelegenheit hat, seine Sprachkenntnisse zu erweitern und die größte Schwierigkeit für den Anfänger zu überwinden: das Verstehen der fremden Sprache beim Hören.

Nun meint Genosse F. H., ausländische Genossen (er nennt besonders die Engländer) müßten sich ebenfalls die Erlernung der deutschen Sprache angelegen sein lassen. Gewiß wäre das wünschenswert. Das sei zu schwer, meinen viele Engländer und F. H. ist derselben Meinung. Auch das wird widerlegt dadurch, daß Tausende von f a c h a u s d r ü c k e n Arbeitern jährlich nach Deutschland kommen, von denen die meisten noch wenig oder gar kein deutsch können und trotzdem die deutsche Sprache bald erlernen. In meiner früheren Tätigkeit habe ich oft mit dänischen Kollegen zu tun gehabt, die bei ihrer Ankunft in Deutschland kein Wort deutsch konnten, so daß ich dänisch mit ihnen sprechen mußte und nach wenigen Wochen waren sie schon so weit, daß sie auch in Werktagversammlungen schon ihre Meinung sagen konnten. Natürlich war das nur „Radebrechen“, aber sie hatten doch der Versammlung folgen können. Was einfache dänische Arbeiter können, sollten auch englische Gewerkschafter fertig bringen, wenn die Engländer wirklich das höchstherrnde Volk sind, das sie sein wollen. Von älteren englischen Gewerkschaftern darf man allerdings nicht mehr viel verlangen. Viele von ihnen haben nur eine kümmerliche Schulbildung genossen, früh in die Fabrik gemusst und nicht immer Gelegenheit gehabt, die in England vielfach vorhandenen Sonntagschulen zu besuchen. Bei den jüngeren Gewerkschaftern ist es aber besser; von ihnen bemühte sich vor dem Kriege mancher, deutsch zu lernen und ich bin überzeugt, daß sie nach dem Kriege damit fortfahren werden.

Ich erlaube mir, an meiner auf vielseitige Erfahrung begründeten Überzeugung festzuhalten, daß die Erlernung der mittel- und westdeutschen Sprachen keine übermäßigen Schwierigkeiten bietet, auch nicht die der skandinavischen. Man muß nur ernsthaft wollen. Schwieriger sind für Mittel- und Westeuropäer die slavischen Sprachen. Da kommt aber für die internationale Versöhnung in Betracht, daß die Slaven verhältnismäßig leicht fremde Sprachen erlernen. Damit ich nicht falsch verstanden werde, will ich besonders herstellen, daß ich nicht meine, es sollte nun überall schleunigst Massensprachunterricht eingeführt werden. Mein Wunsch ist nur, daß Gewerkschafter, die Lust zur Erlernung fremder Sprachen haben, sobald wie möglich dazu ermuntert werden. Wohl aber könnten die Gewerkschafter die Beschaffung der Lehrmittel und der Gelegenheit zum Unterricht erleichtern.

Vor dem Kriege war bei unseren internationalen Beziehungen der Wunsch zu sehr der Vater des Gedankens. Wir betrachteten unsere ausländischen Arbeitsbrüder mit unbegrenztem Wohlwollen und waren schmerlich enttäuscht, als wir nach Ausbruch des Krieges von ihnen so herbe beurteilt wurden. Und dabei hatten wir weiter nichts getan, als was bei ihnen in ausgiebigem Maße gefügt. Wir versuchten uns gegen ihre Vorwürfe zu verteidigen und schlossen zurück. Das hat nichts genützt; ob das auf Nicht-verstehen-können oder Nicht-verstehen-wollen beruht, können wir jetzt nicht ergründen. Wir taten dann das Nachliegende, was man in solcher Lage tun muß: wir ließen die anderen weiterarbeiten und summieren uns nicht mehr darum. Auch im Ausland wird nichts so heiß gegegen

wie es gelohnt wird und die guten Beziehungen zur ausländischen Arbeiterschaft werden schon wieder in Gang kommen. Es ist ja auch dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse nach Friedensschluß die Arbeit an dem Frieden aufnimmt, was ihr in allen Völkern gemeinsam ist. An der deutschen Arbeiterschaft darf die Schuld nicht liegen, wenn dies sich verzögert. Vielmehr muss sie jedes Mittel ergreifen, das sie erleichtern kann. Es handelt sich weder darum, das Ausland zu verschonen, noch es herauszuhauen, sondern die unverfälschte Wahrheit kennen zu lernen. Wie eine der wichtigsten Fragen, die dabei in Betracht kommen, haben wir uns aber bisher noch so gut wie garnicht gefügt; um die Sprachenfrage. Wer von uns ins Ausland ging oder war hier mit Ausländern zu tun hatte, dem haben wir es bisher selbst überlassen, wie es sich verständigte. Das muss anders werben. Dann werden die Gewerkschafter, die zu irgend einem Zweck ins Ausland gehen, ihre Reisen besser ausnutzen können und dann werden wir auch Fortritte machen in der internationalem Verständigung.

## Der Krieg nach dem Kriege

Der Kriegsverband geht mit einem neuen Kriegsplan schwanger. Er beobachtet gleich bei Friedensbeginn, nach seinem Wasserspiegel, den Handelskrieg gegen die Mittelmächte zu erobern. Nachdem die Säugengräben wieder ganz ausgefüllt sind, will er sein Gebiet (und möglichst viel neutral) mit einem hohen Drahthetzau von Zolltarif umgeben. Also, nach der politischen Einstellung, die wirtschaftliche. Das wäre der Krieg nach dem Kriege.

Der seltsame Feldzugssplan ist britischer Herkunft. Seine Einheiten sollen von der nächsten in Paris stattfindenden sogenannten Wirtschaftszonen herüberschreiten und festgelegt werden. Welche Form oder Stärke er in Paris erhalten wird, kann man jetzt noch nicht einmal vermuten. Und wenn behauptet werden sollte, daß er dort überhaupt seine Gestalt erhalten werde, sondern daß die Konferenz nur eine Städtegelegenheit oder ein Plausch sei, wie andere Kriegsverbandskonferenzen auch, so könnte denn vorerst höchstens schwierlich entgegengesetzt werden.

Die Ansichten über die Gestaltung oder Stärke des beobachteten Handelskrieges gehen, wie leicht begreiflich, weit auseinander. Von englischer Seite wird ein Bollatz mit abgeschnittenen Sägen vorgeschlagen, dessen günstigsten Tage für die Kolonien, die nächstgünstigen für die Verbündeten, die folgenden für die Neutralen, die höchsten für die Feinde von heute angewendet werden sollten; andere verlangen einen Vortzugszoll für die Verbündeten, vollständige Abschaffung oder gegen die Mittelmächte. Ein wesentlicher Lauter alle Vorschläge darauf hinzu, vor allem den deutschen Handel empfindlich zu schädigen, den deutschen Kaufmann als Feind zu erklären und dementsprechend zu befrieden, um so durch Bollatz das dauernd zu sichern, was auf dem Schlachtfeld errungen — oder nicht errungen — worden ist.

Die treibende Kraft dieses Planes sind Hochschulhöher. Der Krieg, die Abschaffung des deutschen Weltmarktwerbs, hat ihnen eine zu prächtige Karriere in die Scheune gesperrt, als daß sie nicht ihre Verhübung in dieser oder jener Form wünschen. Die Friedenszeit war ihren habhaftigen Plänen wenig günstig. Die Kriegsstimmung kommt ihren Hoffnungen entgegen. Die durch alle Bevölkerungsrichtungen treibende Karre Bells des Chauvinismus, der Deutschpolitiken, führt sie auf ihre Röhren zu leiten. Gegen deren Geißelkoffer kommen Freihändler oder Friedensfreunde nur schwer auf. Zu einem Börsenkampf gegen die Hochschulhöher ist die gegenwärtige Zeit die ungünstigste. Auch die folgenden Einsätze werden effizient dem Gegenzug der öffentlichen Stimmung.

Die günstige Abschaffung der Mittelmächte ist nun ziemlich leicht geplant als durchgeführt. Nicht doch es in London, Petersburg und Paris an gutem Willen dazu fehlt. Allein, zwischen Abseits und Verständigung ist ein weiter Weg. Dies ebenfalls für England als für Frankreich und noch mehr für Russland. Denn Abschaffung dieser Länder gegen den Handel der Kriegsverbandsstaaten. Was in England der deutsche oder österreichische Kaufmann von der See getrieben, so wird der englische in Deutschland und Österreich vor den Sägen ungeschützt haben. Dann wird die Unterbindung des Warenaustausches unfehlbar auch die Unterbindung der gesellschaftlichen wie sozialen Beziehungen zur Folge haben. Das wäre ein Zustand, der nur mehr einem Waffenstillstand gleich komme, zu unverträglich, um lange einzutragen werden zu können.

Was würde ein solcher Handelskrieg für das arbeitende Volk bedeuten? Wäre ein Engländer, Genosse Mr. Donaldson: "Er würde für die deutsche Arbeiterschaft keine Zeiten bedeuten, würde heißen, daß für sie der Kampf ums Leben noch fünger geworden ist. Aber auch wir (die Engländer) würden zu leiden haben. Der Krieg würde mit Füßen gefügt, die unsere Arbeiter zu zwingen haben. Die Verstärkung des freien Ausfuhrmarktes und die Bevorzugung unseres Vertrittungsmarktes. Unser Haß gegen Deutschland wird sich in Verwirrung unserer Lebenshaltung umformen. Und unsere Kapitalisten werden sich allezeiten hinter der Zollmauer verstecken. Sie werden Gewinne machen, wie es zuletzt jene Kaufmänner immer tun. Sein Wunder, daß jah die alten Kaufmänner für den Handelskrieg bestimmt. Sie sind daher, diesen Krieg für die Freiheit, diesen Kampf für die Freiheit in Pfund und Schilling anzunehmen; sie gebrauchen die Vereinigung für ihre Zwecke."

Ganz richtig. Letzter Endes hätte die Arbeiterschaft die Kosten des Handelskrieges zu tragen. Und handelt es sich nur um sie, wurde mit ihr in Kriegsbeginn gezogen, führt nur ihre Zeiten und Sägen in Bewegung, die Auswirkungen auf diesen Kriegsplanes werden nicht gering. Soeben wieder die nationalen Stämme nicht wenig mit.

Es steht nirgends geschrieben, daß in Zukunft die nationalen Stämme ihren Geschäftsbereich vor den anderen und Einschüttungen der Kriegsverbandsstaaten befristeten lassen. Sie werden auch jenseit ihres Staates dort eindringen und abziehen, wo ihnen der größte Nutzen kommt; das kann, das wird, in Russland, in Indien, in England oder Russland geschehen, in anderen in Deutschland und Österreich. Die Neutralen werden Sicherungen wie Kunden der Kriegsverbandsstaaten wie den Niederländern sein. Es wird ihnen ganz gleichgültig bleiben, ob ein Geldhandel oder Rohstoffhandel verkehrt wird; die Befreiung der Sägen wird ihrer Handelsentwicklung keinen schaden tun, nur der Zoll auf einer Seite oder Menge. Da bisher, so werden auch in Zukunft die Stämme die großen Sicherungen der Neutralen zu werden die bevorzugten haben, die am Leistungsfähigsten sind. Und der Kriegsverband die Wagnisse der Neutralen nach zu ziehen, nach ihren Grundlinien regeln, kann nach der Handelsbewegung, ihre Sägen belangen, ihre Sägen durchdringen, sich Neutralen zu treffen haben, die bei dem dritten Reichsgraben keine Sache gestatten können, wohl aber ihren Nutzen an die Sägenfronten zu ziehen ausüben. Das kann für jeden der nationalen Stämme die Sägen, so es jetzt für jede gegen die eine oder die andere Nachbarschaft zu entscheiden hätte. Das würde auf nichts neinen, als auf die Besteigung der Weltkönige.

Sagen diese Möglichkeit verdeckt im Grunde an den neuen Kriegsplänen zu glauben. Denkt man es und noch recht anschließend, daß die Sägen den Kriegsverbande für Auswirkung auf den anderen

machten so bringend wie englische Hochschulhöher wünschen dürfen. Für England mag Deutschland mehr Weltbewerber als Stunde gewesen sein; für Russland dagegen mehr Absatzgebiet. Aber England noch Russland noch Frankreich liegen bislang nur für eine Anwendung aus Sägen von Deutschland über Überzeugung, sondern weil es sich sie vorteilhaft ist; sie gehen kein deutsches Gesetz in den Sägen ein, müssen den Vertrag, weil sie gegen die anderen über ihrer eigenen Vorderglück und Geschäftlichkeit voraus hatten. Das hierfür außerst nicht mehr der dicke Kettell signieren Gefühlsregung ausgeschlagend sein soll, ist ganzlich unbekannt und widerspricht völlig der Natur des Warenaustausches. Eine Selbstverständlichkeit, bei der sich übergens auch niemand aushält.

Umso mehr befürchtet man sich mit der anderen zweispaltigen Selbstverständlichkeit, daß die Überlegenheit des deutlichen Weltbewerbs der Überlegenheit seiner Warenherstellung zuzuschreiben sei, und daß ihm nur dadurch fühlbar und dauernd begegnet werden könne, wenn die Kriegsverbandsstaaten zum mindestens gleiche Leistungsfähigkeit erreichen.

Diese Selbstverständlichkeit ist nun leichter erkannt als erfüllt. Auf die wichtige Frage, ob denn die Kriegsverbandsstaate in nächster Zukunft imstande seien, Deutschlands Überlegenheit in der Warenherstellung, seinem Vorsprung in Wissenschaft, Industrie und Technik einzuhören, wird verschieden, aber nie mit einem unbedingten Ja geantwortet. Aber vermissen man ein unbedingtes Nein. Vor einiger Zeit untersuchte "Lysis" in dem Pariser Blatt La Victoire die für den Franzosen hange Frage: "Wie kommt es, daß Deutschland, dessen Gebiet dem unsrigen gleich und eher weniger fruchtbar ist, uns innerhalb dreizeig Jahren überholt hat, daß wir neben ihm in Bevölkerung und Industrie ein ganz kleiner Staat sind?" Nach dem Lesen dieser Aussäge wird auch die größte Hoffnungsfreudigkeit nicht zu vermeinen wagen, in Frankreich könne dem Kriegsverband in absehbarer Zeit eine tödliche Kraft in der Belehrung der Überlegenheit der deutschen Warenherstellung entstehen. Mangelt Frankreich für den Krieg nach dem Krieg weniger der gute Wille als die Kraft, dann Russland die Kraft und der geläufige Anlaß. Beigefügtes heißt dies die Rede des Vizedirektors des Handelsdepartements, G. Voigt, dasselbe, annehmen, die er auf dem allzuvielen Landwirtschaftslongitude hielt. Nach dem Vortrag schreibt er:

Eine Abschaffung Deutschlands würde zur Folge haben, daß zwischen ihm und vielleicht sogar einiger Balkanstaaten einerseits und Russland andererseits eine türkische Mauer errichtet würde, was für Russland und hauptsächlich für die russische Landwirtschaft ungünstig wäre; denn Russland führt in den letzten Jahren vor dem Krieg nach Deutschland Waren für eine halbe Milliarde Rubel aus, das ist die Hälfte seiner gesamten Russland. Diese Bahnen veranlaßten die Schwierigkeiten, auf welche die Errichtung einer solchen Mauer stoßen würde. Schenfalls müßte dann Russland von seinen Verbündeten verlangen, daß sie ihm günstige Bedingungen geprägen für die Abschaffung seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach ihren Ländern. Denn an den die deutschen Industriezeuge kaum durch den englisch-französischen Krieg erreicht werden, da diese letzter und für russische Verhältnisse ungeeigneter sind. Deswegen mögen Russlands Verbündete auch seine Interessen in vollem Maße berücksichtigen. Indessen ist vor einer solchen Verabschaffung weiter bei dem projektiven englischen System, noch bei den von der französischen Finanz gehörten Anleihen etwas zu bemerken. In Anbetracht aller dieser Umstände kommt Vorschrift zu dem Ergebnis, daß die Abschaffung Deutschlands überaus schwere Opfer von Russland erfordern würde. In der dem Vortrag folgenden Diskussion erklärte der russische Nationalrat am Tagan-Pagannostsch: "England, Frankreich und Italien könnten zusammen den deutschen Markt nicht erreichen. Man muß sich fest einprägen, daß die Abschaffung der russischen Landwirtschaft gleichkäme." Aber es bedarf keiner weiteren Anführung von Stimmen, die vor dem geplanten Handelskrieg warnen und seine Schwierigkeiten fördern, um an der Möglichkeit seiner erfolgreichen Durchführung zu zweifeln; einige Seminare der ersten Vorbedingung seines Sieges, der Wirtschaftsmöglichkeit, der industriellen Leistungsfähigkeit der Kriegsverbandsstaaten genügt. Mit ihrer tatsächlichen Ausrüstung, organisatorischen Fähigkeit, ihrem kurzfristigen Eifer und besonders ihrer beruflich geschulten Arbeiterschaft, ziehen alle Staaten des Kriegsverbandses unerschöpft weit hinter Deutschland zurück. Für den, ihre Parteien wissenden Kaufmann berechtigt es nicht lange, um herauszufinden, daß sie eine maßgebliche Erziehung und eine Freizeitorganisation und einen Kaufmännischen für Arbeiter haben, wie Deutschland etwa in den 1880er Jahren. Diesen erlediglichen Vorbildern einzuhören, wäre vor drei, zwei Jahrzehnten vielleicht noch nicht unmöglich gewesen, heute aber ist daran kaum noch zu denken. Und je mehr sich unsere Kultur vertieft, desto mehr wird vorzüglicher Stahl, werden verschiedene Durchsätze, genaue Werkzeuge, seine optische Instrumente, grüngelbene Maschinen aller Art nötig sein, das heißt, umso kräftiger werden die Methoden der deutschen Überlegenheit, seine Wissenschaft, Technik, Industrie und Arbeiterschaft werden. Von ihnen wird die Welt noch viel gewinnen können, wird die neutrale Welt noch viel gewinnen wollen. An ihnen wird sichtlich auch die Durchführung der Erfolg des geplanten Krieges nach dem Krieg — wenn er ja begonnen werden sollte — scheitern. Zum Glück für die Fehler; zum Glück für die Arbeiterschaft aller Länder.

abreibung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen festhalten. Danach werde der ganze Vertrag hinfällig. Wenn es kein nicht anzunehmen, daß die Parteien den Vertrag ohne den unmittelbaren Teil überhaupt abgeschlossen haben würden. Landgericht und Oberlandesgericht Dresden haben die Klage abgewiesen. Ein seitens der Kriegsverbandsstaaten führt das Oberlandesgericht aus: Sie seien §§ 11 des Vertrags dienen dem Zweck der Abkehr vom Arbeiterschaftsvertrag, der Durchführung der Abschaffung der Arbeiterschaftsverträge und der Arbeitgeberverbände unter § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung fallende Verabredung dar. Beteiligen sich die Erzeuger von Baumaterialien an den Kampfen, die zwischen den Bauarbeiterverbänden und Bauarbeitern entstanden sind, durch Unterstützung der Arbeitgeber mittels Lieferungssperre oder Ausspernung der Arbeiter von ihren Betrieben, so ist das ein Missfall des durch § 152 der Gewerbeordnung anerkannten Rechts der Koalition. Soweit der Vertrag diese Vereinbarung betrifft, ist er daher für keinen Teil bindend; jedem Vertragsteil steht der Rücktritt davon frei. Die Vereinbarung von Strafen ist unwirksam. Der Vertrag enthält nun freilich auch Bestimmungen, die nichts mit den Lohnkämpfen der Bauarbeiterverbände zu tun haben, vielmehr das Interesse beider Vertragsparteien an der Biegelierei betreffen. Die jetzt eingestrafte Vertragsstrafe wird auch lediglich wegen Zwiderhandlungen gegen diese an sich rechtswirksamen Vereinbarungen verlangt. Der Vertrag enthält deshalb teilweise gültige teilweise ungültige Bestimmungen. Er muß aber als ein einheitliches Ganze angesehen werden. Nach der Abkehr der Parteien sollten die übernommenen Leistungen derart von einander abhängig sein, daß beim Wegfall der einen auch die anderen unterbleiben sollten. Jedentfalls muß angenommen werden, daß für den Kämpfer gerade die Unterstützung der Biegelierei bei Lohnkämpfern so wesentlich war, daß sie sich als eine Leistung für die von ihm übernommenen Vertragspflichten darstellt, und daß der Kämpfer daher ohne die Zufügung der Streichelse den ganzen Vertrag nicht eingegangen wäre. In entsprechender Anwendung des § 139 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muß daher der ganze Vertrag als unverbindlich angesehen werden. Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die Revision des Kämpfers zurückgewiesen.

Dieses im Ernst den Arbeiterinteressen dienende Urteil beweist mit voller Klarheit, daß die Arbeiter an der Befreiung des Kämpfers des § 152 der Gewerbeordnung gar kein Interesse haben. Gewiß war seine Tendenz ursprünglich koalitionsfeindlich. Als die Vorschrift ins Leben gerufen wurde, geschah dies, um die Koalition nicht zu mächtig werden zu lassen. Man wollte damit die Freiheit der nichtorganisierten Arbeiter schützen. Deshalb wollte man jede Möglichkeit des Ausschlusses aus der Organisation so viel wie irgend möglich erleichtern. Der das ganze Privatrecht durchziehende, es beherrschende, sein Wesen ausmachende Gedanke, daß Verträge gehalten werden müssen, wurde hier außer Kraft gesetzt. Der Vertrags- und Kreislauf wurde geziichtet von konventioniert. Sonst gewährt das Bürgerliche Gesetzburg aus den nicht rechtsfähigen Verträgen den Rechtschutz des Gesellschaftsrechts, um ihnen eine ihrer Zwecke entsprechende Wirtschaft zu ermöglichen und zu verhindern, daß sie als ein rechtliches Recht gelten. So, der Staat geht noch viel weiter. Er hat Samungen der Handwerke geschaffen, deren Aufgabe es ist Standesinteressen und Standeszeitre gegenüber den egoistischen Bestrebungen einzelner zu wahren, und der Gesamtteil sogar die Möglichkeit gegeben eine selbstfertige Minderheit zum Heitritt zu zwingen. Die Verpflichtungen der Arbeiter aus Koalitionen dagegen werden rechtlich mit den als unsittlich angesehenen und deshalb unverbindlichen Spielschulden aus Glücksspielen auf eine Stufe gestellt. Diese Ungleichheit in der Rechtsbehandlung hat die personifizierten Kämpfer für die Koalitionsfreiheit, insbesondere Veniano, veranlaßt als das V und Q des Reform des Koalitionsrechts das Streichung des Abstiles 2 des § 152 zu verlangen. Und das wäre die Befreiung dieses Schönheitsfehlers ein schwerer Nachteil für die gewerkschaftliche Vertätigung. Die Arbeiter haben gar kein materielles Interesse daran, Mitglieder, die vor Organisation nicht angehören wollen, darin festzuhalten. Das etwa die Organisation gegen ihre früheren, zu Streiktreibern gewordenen Mitglieder auf Zahlung der Mitgliedsbeiträge klagen sollte, ist absurd. Dagegen haben die Arbeiter, wie gerade das hier gesetzte Urteil beweist, ein sehr großes Interesse daran, daß ein Arbeitgeber nicht gezwingt ist den von ihm getroffenen, gegen die Arbeiter sich richtenden Abreden trotz zu bleiben, daß er vielmehr rechtlich in der Lage ist, ohne wirtschaftliche Nachteile fürchten zu müssen, sich hierbei loszusagen und wider den Willen seines Verbands mit der Arbeiterschaft oder den einzelnen Arbeitern diesen günstige Vereinbarungen zu treffen. Das das Reichsgericht den § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung so außerordentlich weit ausdehnt, wie dies im vorliegenden Urteil geschieht, gereicht daher durchaus den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern zum Vorteil. Dieser Gesichtspunkt wird bei der nach dem Krieg zu erwartenden Reform des Koalitionsrechts nicht außer acht gelassen werden dürfen.

**Äußerung der Schriftleitung:** In vollständigem Gegensatz zu den Folgerungen Heinemanns sind andere auch Gewerkschafter, für einen straffen Organisationszwang eingetreten. Jedes von beiden hat seine Vorteile und seine Nachteile, die sich nicht mit wenigen Wörtern erötern lassen. Auch kann man diese Frage nicht losgelöst vom ganzen Arbeiterrecht betrachten. Auf jeden Fall liefern die Ausführungen Heinemanns jedoch einen wertvollen Beitrag zu der Frage und man wird bei den kommenden Erörterungen über das Vereinigungsrecht auf sie zurückkommen müssen.

## Koalitionsrecht

Von Hugo Heinemann

Ein für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtiges Urteil setzt das Reichsgericht unter dem 17. März 1916 gefällt. Der der Eröffnungszeit zugrunde liegende Erbefund war der folgende: Ein Gewerkschaftsverband und eine Biegelierei hatten einen Vertrag geschlossen, durch den die Biegelierei den ganzen Bedarf der Verbandsmitglieder an Siegen zu liefern, während anderseits die Verbandsmitglieder ihren ganzen Bedarf bei der Gewerkschaft zu beziehen hatten. Die Gewerkschaft verpflichtete sich ferner zu Unterstützung des Verbands bei Streiks und Auswüchsen.

Sie durfte in diesem Fall an Gewerkschaft im Sinne des Verbands einen breiten Gewerkschaftsverein aus Sägen liefern und keine unerlaubten und unzulässigen Arbeiter aus der Biegelierei beschäftigen. Bei Gewerkschaftsvertragen gegen Gewinnzwecke des Vertrags sollte eine Pauschalprämie vertheilt sein. Mit der von einer eingetragenen Firma werden die Gewinne zu teilen. Immer ist eine Gewinnzwecke des Vertrags nach dem Krieg — wenn er ja begonnen werden sollte — schwierig. Zum Glück für die Fehler; zum Glück für die Arbeiterschaft aller Länder.

Fritz Kuerner

## Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Der Kundschafter L. von der Firma Sch. will einen Kriegschein, weil er in eine andere Arbeitszeit versetzt wurde und nicht mehr als Kundschafter sondern als Fräser, noch dazu mit weniger Lohn beschäftigt werden soll. Die Aussprache ergibt, daß es sich um um einige Stunden gehandelt hat, da eine augenblickliche Stückung eingesetzt war. Es erfolgte eine Verständigung. Die Notwendigkeit der Erteilung eines Kriegscheins lag nicht vor.

Der Bohrer Sch. von der F. & C. will aufhören, weil ihm für verbreite Arbeit ein Abzug gemacht werden sollte. Die Feststellungen ergeben, daß die Wohlfahrt nicht genau war, deshalb ergibt eine Verständigung dahin, daß der Abzug zurückgenommen wird.

Der Dreher F. von der Firma E. & Sch. will aufhören, weil er zu wenig verdient. Es wird festgestellt, daß der Dreher bislang noch keine Erhöhung seines Lohnes gefordert hat. Dem Dreher wird aufgegeben, sich zunächst mit seiner Forderung auf Lohn erhöhung an die Firma zu wenden. Da der Vertreter der Firma erklärt, daß wenn der Dreher eine Lohnforderung fordert, die Firma durchaus zum Entgegenkommen bereit ist, liegt keine Veranlassung vor, den Kriegschein zu erteilen.

Die Dreher A. und B. von der Firma H. fordern ihren Kriegschein, weil sie zu wenig verdienten (160,- Lohn die Stunde). Die Säge wird zur nechtmäßigen Verhandlung an den Betrieb zurückverweisbar; der Kriegsausschüsse ist der Meinung, daß die Firma den Dreher nicht Lohn zahlen oder wenn sie glaubt, daß nicht zu kommen, ihnen den Kriegschein erstellen sollte.

Der Schlosser G. von der Firma H. (Flugzeugwerke), will einen Kriegschein; da von der Firma niemand erschienen ist, wird ihm der Schlosser erstellt.

Der Schlosser G. von der Firma D. G. will aufhören, weil er zu wenig verdient, und die Arbeit kann auch zu höher ist. Der Kriegs-

dusschus findet das Verlangen des Schlossers berechtigt und erklärt sich darum hin die Firma bereit, dem Schlosser den Kriegsschein zu ertheilen.

Der Schlosser K. von der Firma B. will aufklären, weil er keine Entlohnung bekommt. Auch hat er andere Arbeit gefunden und ist der Meinung, daß dies eine Ungerechtigkeit gegen ihn ist. Im Verlaufe der Aussendeklaration erfolgt eine Erklärung. Danach bekommt der Schlosser seine alte Arbeit und wenn er seinen Kollegen in der Leistung gleichkommt, erhält er auch den gleichen Lohn wie sie (1,32 M.). Die Erteilung eines Kriegsscheins war somit unnötig.

Der Schmied G. von der derselben Firma bringt ein Zeugnis, wonach er keine schwere Arbeit machen kann. Es wird ihm zugesagt, in demselben Betriebe leichtere Arbeit zu bekommen. Da jedoch festgestellt wird, daß die übrigen Umstände für ihn sehr ungünstig sind, wird ihm trotzdem der Kriegsschein ausgestellt.

Der Werkzeugmacher E. von der Firma D. will einen Kriegsschein, weil er beleidigt ist und ihm angeblich auch anheimgefallen worden war, aufzuhören. Durch Klusprache wird festgestellt, daß tatsächlich einige unpassende Bemerkungen gegen den Werkzeugmacher E. gefallen sind. Da es aber gelingt, eine Verständigung herbeizuführen, macht sich die Ausbildung eines Kriegsscheins unnötig.

93 Arbeiter (Dreher, Revolverdreher und Rundschleifer) von der Firma S. wollen Aufbesserung ihrer Waffelpreise. Nach längerer Auseinandersetzung wird die Sache an den Betrieb zurückgewiesen, damit die Parteien durch Verhandlungen untereinander zunächst noch einmal versuchen, eine Verständigung zu finden.

## Unser Verband in der 95. Kriegswoche

Zu nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 95. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Gassen, Neustadt i. S., Sterndal, Langensalza, Uetersen, Düren, Gummersbach, Plettenberg, Friedrichshafen, Lörrach, Oberndorf, Zweibrücken, Lindau und Trautstein.

### Übersicht über die Zeit vom 21. bis 27. Mai 1916.

Periodenwochen	Mitgliedern haben	Mitglieder zurück zu Vergangenheit	Mitglieder abgang über Haupt	Davon zu verhandeln	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Davon gesund	Ausgaben für Arbeitslosunterstützung
1.	88	—	5880	79	27	5901	30	0,5
2.	30	—	4296	36	22	4260	18	0,3
3.	21	1	7484	80	33	7394	28	0,8
4.	52	1	84912	887	197	84725	174	0,5
5.	81	2	29075	228	99	28847	70	0,2
6.	42	1	28546	185	58	28361	26	0,1
7.	84	8	23710	214	62	23496	36	0,2
8.	28	—	10141	108	57	10082	55	0,5
9.	47	4	16886	168	80	16668	737	4,4
10.	38	2	19856	258	151	19102	472	2,5
11.	1	—	51942	293	293	51643	438	1,0
Juli	420	14	232877	2042	1079	230855	2189	0,9
								6190

Einschließlich der im Laufe der Woche hinzugekommenen und neu aufgenommenen.

In der Berichtswoche fanden (außer Berlin) 1622 Aufnahmen statt. 1979 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, 654 vom Heer entlassen.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2139 gegen 2147 in der vorhergehenden Woche. Der Mitgliederstand in den beiden Wochen warnt 8527 Mitglieder gemeldet, gegen 3537 in der vorhergehenden Woche. Der Mitgliederstand in den beiden Wochen. Die heutige Krankenunterstützung betrug 1094 M.

Nächstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Periodenwochen	Mitgliedern haben	Mitglieder zurück zu Vergangenheit	Mitglieder abgang über Haupt	Davon zu verhandeln	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Gesetzliche Sozialabgaben bei der Beratung	Sozialabgaben bei der Beratung	Staatliche Sozialabgaben	Gesetzliche Sozialabgaben bei der Beratung	Sozialabgaben bei der Beratung	Gesetzliche Sozialabgaben
1. August 1914	1. 8. bis 29. 8.	—	—	—	—	533814	13132	2,5	—	—	—	—
1. 4. Dom 2. 8. bis 29. 8.	20	143438	577756	78895	19,5	123709						
5.-8.	40. 8. - 26. 9.	62	15391	351804	50431	14,8	165079					
8.-15.	- 27. 9. - 31. 10.	18	13468	348271	27727	7,9	119869					
14.-17.	- 1. 11. - 28. 11.	18	9350	338472	16793	4,9	454173					
18.-22.	- 29. 11. - 2. 1. 12.	115	21091	323565	12753	8,9	295060					
23.-26.	- 3. 1. - 30. 1. 13.	422	20	7117	316822	8318	2,6	133122				
27.-30.	- 31. 1. - 27. 2. 15.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308				
31.-34.	- 28. 2. - 27. 3. 15.	416	25	9013	303498	5200	1,7	75090				
35.-39.	- 28. 3. - 1. 5. 16.	420	20	12003	291526	4593	1,6	79192				
40.-44.	- 2. 5. - 29. 5. 15.	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168				
44.-47.	- 30. 5. - 26. 6. 15.	416	23	10306	271619	3728	1,4	45222				
48.-52.	- 27. 6. - 27. 7. 15.	428	14	10510	264677	3414	1,3	51462				
53.-56.	- 1. 8. - 28. 8. 16.	418	18	7952	268792	3464	1,3	41279				
57.-61.	- 29. 8. - 2. 10. 15.	410	24	12040	251999	2997	1,2	44271				
62.-65.	- 3. 10. - 30. 10. 15.	416	18	10541	245325	2877	1,0	29477				
66.-69.	- 31. 10. - 27. 11. 15.	419	15	8399	238861	2971	1,0	22895				
70.-74.	- 28. 11. - 1. 12. 16.	418	18	6692	233107	2451	1,0	30272				
75.-78.	- 2. 1. - 29. 1. 16.	421	10	3105	232638	2641	L1	30178				
79.-82.	- 30. 1. - 25. 2. 16.	421	10	2983	251070	2583	1,1	31659				
83.-87.	- 27. 2. - 1. 4. 16.	418	18	8497	226570	2281	1,0	43252				
88.-91.	- 2. 4. - 29. 4. 16.	415	15	3769	208059	2274	1,0	32652				
92.	- 30. 4. - 6. 5. 16.	420	14	1559	229601	2245	1,0	9310				
93.	- 7. 5. - 13. 5. 16.	422	12	1361	229727	2220	1,0	6485				
94.	- 14. 5. - 20. 5. 16.	418	16	975	230310	2147	0,9	3554				
95.	- 21. 5. - 27. 5. 16.	420	14	1079	2080835	2139	0,9	6190				

Zur noch immer bedeutenden Einberufungen zum Heeresdienst macht sich in den letzten Wochen ein Steigen der Mitgliederzahl bemerkbar. Gegen die 88. Kriegswoche ist eine um 1704 Mitglieder höhere Zahl zu verzeichnen.

Die Zahl der Arbeitslosen weist wiederum keine nennenswerte Veränderung auf. Sie schwankt seit Oktober 1915 zwischen 1,0 und 0,9 v. H. der Mitgliederzahl.

Zur Arbeitslosenunterstützung wurde seit Beginn des Krieges 579613 M ausgezahlt.

Zum Heer sind bisher 328470 Mitglieder einberufen worden.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Fertümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erreichen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. Juni der 26. Wocheneintrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1916 fällig ist.

Den Verwaltungsstellen geben wir hiermit bekannt, daß wir zur bequemeren und kostengünstigeren Einzahlung der am Orte überführbaren Verbandsgebühren ein Postcheckkonto unter Nr. 6803 eröffnet haben.

Die Zahlstellen, zur Verwendung für diese Einrichtung, werden bereits in den Händen der Verwaltungsstellen sein. Sie können die Verbandsgebühren durch Postanweisungen eingesandt haben. Sollten jedoch Verwaltungen beim Verband des betreffenden Materials übersehen werden sein, dann erfüllen wir diese, uns zu benachrichtigen, um das Verhältnis nachholen zu können.

Alle Berichtigungen, die sich des Bankverkehrs bedienen, bleiben von dieser Einrichtung unberührt und überweisen die nicht am Orte benötigten Verbandsgebühren nach wie vor an unser Bankhaus.

Alle für den Verbandsausstand bestimmten Leidungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Höhestraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Höhestraße 16, 1.

Bei allen Schwierigkeiten, sei es mit Grußkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungsstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Rückseite des Abschusses angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Volla hinter Kreisföhrer und Bernhardi, hinter Nieschke und hinter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gestanden habe. Wahrlheit ist vielmehr, daß nicht einmal das von den Ansichten jener Leute, was sich hinterher leider als richtig herausgestellt hat, die öffentliche Meinung in unserem Lande in neuemswertem Maße bewegte. Nachdem aber der oft vorhergesagte und von der Mehrheit des Volks, namentlich von der Arbeiterschaft niemals ernsthaft geglaubte Krieg ausgebrochen war, nachdem in mächtigem Unsturm die Feinde von den Grenzen des Landes zurückgeworfen waren, da rührten sich jene Kreise mit einer bernernden Wut ausbauen und suchten für ihre Eroberungspläne Stimmung zu machen. Dabei stiegen sie auf zwei starke Böden: die deutsche Sozialdemokratie, die von Anfang an unerschütterlich den Standpunkt eingenommen hat, daß der Krieg gerade wegen des deutschen Volks und seiner Zukunft nicht in einem Eroberungskrieg ausarten dürfe, sondern nur dem Frieden dienen solle, die Sicherheit unseres nationalen Daseins und unserer friedlichen Entwicklung zu gewährleisten; und dann die Regierung Bethmann Hollwegs, die zwar in der Frage der zukünftigen Grenzregelung weitergehende Pläne verfolgen mag, aber auch darin ein bestimmtes Maß nicht überschreiten will und jedenfalls bemüht blieb, einen baldigen Frieden herbeizuführen.

Diese Haltung des Kanzlers, die ihren sichtbarsten Ausdruck in dem dreimaligen Friedensangebot fand, hat die Wut, die Entzündung der genannten Annexionsgruppen so außerordentlich stark erzeugt, daß sie in blinder Feindschaft immer und immer wieder neue Vorfälle zum Sturz des leitenden Staatsmanns unternahmen. Die strenge Handhabung der Censur, die eine Erörterung der Kriegsziele lange Zeit ganz verhinderte, wenn ernsthafte Zeitungen sie in der Offentlichkeit, ernsthafte Männer sie in Versammlungen pflegten wollten, vermochte diesem Treiben keinen Einhalt zu gebieten; im Gegenteil: in der Dunkelheit der Namenslosigkeit und mit einer Tatkraft, die wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, haben die Annexionsgruppen gearbeitet und von der berühmten Eingabe der sechs Verbände im Spätherbst 1914 an bis zur Stunde in hunderttausenden von Druckchriften das Volk aufzuregen und zu vergessen gefucht. Die schlimmsten Wirkungen dieses Treibens sind bekannt: im Auslande stachelten solche Ausgebungen den fast verlöschenden Kriegswillen immer von neuem an, im Inland trieben sie den Teil der Bündestracht in die Reihen der Nation, die doch angeblich der umgekehrten Übermacht der Kriegsgegner die Einheit und Einheitlichkeit nie nötiger hätte. Die Spaltung der Arbeitbewegung ist nicht zum wenigsten dem ebenso fanatisch wie gefährlichen Blüten der Annexionsgruppen zu verdanken, hinter denen die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion auch die verantwortlichen Männer der Reichsregierung vermutete. Mit wie wenig Recht — das lehnen die jetzigen Vorgänge!

Lange Zeit hindurch hat der Reichskanzler dem Treiben scheinbar teilnahmslos zugeschaut. Erst in der Herbsttagung des Reichstags von 1915 glaubte er sich zu einer milden Abwehr genötigt; schwächer trat dann der Gegensatz bei der Behandlung der U-Bootfrage im Frühjahr 1916 hervor und endlich in diesen Tagen kam es zu einer gewaltigen öffentlichen Auseinandersetzung. Es hatte sich nämlich zwischen innerer deutlichkeit gezeigt, daß sich zwei Gruppen verständnislos gefunden hatten: die Annexionsgruppe und die innerpolitischen Reactionäre. Die Wut der Werwelt eroberer über die verständige Haltung des Reichskanzlers in der äußeren Politik, über seine Friedensworte vereinigte sich mit der Empörung der jeder Belehrung unangängigen Füderlasse, die mit aller Gewalt die versprochene und notwendige Umgestaltung, die „Rerorientierung nach dem Sieg“ zu verhindern suchte. Die Pläne der einen wie der anderen lumierte nur unter der Vorausehung reisen, daß Bethmann Hollweg von seinem Platz entfernt und durch einen Mann nach dem Herzen der Rüstungsindustrie und des Finanziums ersetzt würde. Der müde Aufnahn der traditionären Sippen schien bereits Bewirtung in die Reihen der Regierung getragen zu haben. Des Kanzlers langjähriger Gehilfe De Weizé d' Arceau unter der Loß der Geschäfte und der Widerwärtigkeiten geheimer Reihungen zusammen. Die Art und die Behandlung der Eisenbahnlinien ließ den Verdacht aufkommen, als ob das kommende Geschlecht der Staatsmänner schon wieder in die alten Gleise einzuziehen verfüge. Die Läufigkeit, mit der man die verfahrene Verhältnisse in der Nahrungsmittelversorgung allen Warnungen und allen Widerstehen zum Trotz weiterbefiehlt ließ, obwohl mit der Not auch die Empörung des gebildeten Volks ständig wurde, die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der Presse und des Betriebswesens längstens geradezu darum angelegt zu sein, das Volk wieder einander zu reißen, damit dann die alten verderblichen Schlagwörter von den nationalen und den nicht nationalen Parteien Hilfsmittel zu einem riesigen Volksleid abgeben könnten. Antum — es war eine schwule und unheimliche Stimmung.

Da griff endlich der Kanzler am 5. Juni im Reichstag ein und griff durch. So wie man nach alter Regel Begeisterter war angedenkt. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Annexionsgruppen und mit den Zimbern, wie sie mit gleicher Demutlichkeit noch nie in Deutschland erhört war. Und — bemerkenswert — am gleichen Tag, als der verantwoordliche Leiter der Reichspolitik so wütig loszog, gab auch der neue Leiter des sozialpolitischen Amtes, Helfferich, programmatische Erklärungen ab, die als unabdingtes Versprechen eines neuen Kurses, als Abjage an die Reibespieldpolitik früherer Zeiten gegen die Arbeitersbewegung gehalten werden müssen. Diese Sicht war ein Erfolg. Sie zeigte aber auch, daß die Bekämpfung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten jetzt zu einer „Regierungsjägergruppe“ geworden, in jedem Belang falsch ist. Die Polung der Nation in der Frage der Steuergesetze, die mit Abschaffung der direkten Kriegsgewinne keiner abgelaufen wurden, und des Reichshandels, der ebenfalls abgelaufen wurde, weil er die neuen indirekten Steuern umfaßt, beweist das ebenso klar, wie ihre Haltung in der Bevölkerung. Wenn man über sieht, wie im Kampf gegen den Reichskanzler die jüngste Partei und die Sippe der industriell-unternehmerischen Schorfänder sich der einzigen Bundesgenossenschaft der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu erfreuen haben, wenn bei der Wahl zum Deutschen Reichstag der Direktwahl-Partei und der Deutschen Konservativen Partei und der Liberalen Partei kein einziger Wähler für sie gestimmt hat. Ein junger Metallarbeiter hatte vom 21. bis 27. Mai 1916 folgende Ausgaben:

Zimmer	3,50
Verwandt mit Kriegsunterstützung	2,-
Ablage vom Sohn für Kriegsunterstützung	
bei der Firma	1,-
Mittag- und Abendessen	3,-
Sonntagsessen	1,20
1 Brot	0,72
Für nicht anstreitendes Brot sonstiges Gebäck	1,50
½ Pfund Butter	0,32
Eiweiß	0,70
Getreide	1,-
Krenzschäfchen	1,-
Frühstück befrühlt (auf eine Woche verteilt)	1,-
Strengeln	1,-
Eiergeld für einen neuen Zugang	1,-
für Bratwurst (Marktwert)	0,56
Eiere	0,50
Brotzeitung (Brotzeit, 2 Eier)	0,30
Gießtröhre zur Arbeit	1,20

Zusammen 27,24 M

Man kann nicht sagen, daß der junge Käufer zu üppig gelebt hat, denn er hat das auch zum Leben, zum Vermögen kann dies bezeichnen. Ein Unternehmen sind der Meinung, daß die Sparzugsverschwendungen nicht angebracht sind, weil sie geeignet sind, den jungen Leuten den Aufwand zum Nutzen zu nehmen. Da solche Sparzugsverschwendungen nicht bestehen, möchten sie schämigst aufgehalten werden.

## Vom Husland

### Nachland

Zur Sicht der Arbeiterzeitung (IK) vor einem Jahre ungefähr hat die jugendliche Heidelberger Gesellschaft unter der Arbeiterschaft geschrieben: „Geschieht zweite Erneuerung über Ihre Vage Prologen ausgetragen. viele Arbeitnehmer haben die ungeeigneten Namen benutzt, besonders solche aus der Steiermark und der Westlinie. Das der Verantwortlichen ist folgendes zu erzielen:

Vor dem Kriege verfügte ein Metallarbeiter im Durchschnitt über einen Monatsverdienst von 50,39 Rubel, während des Krieges verfügte er über einen solchen von 50,50 Rubel; Textilindustriearbeiter erhielten vor dem Kriege im Durchschnitt monatlich 30,83 Rubel, während des Krieges alles in allem rund 26,87 Rubel. Wie man sieht, ist der Arbeitslohn der Metallarbeiter unbedeutend gestiegen, derjenige der Textilindustriearbeiter um mehr als 12 v. H. gestiegen. Das Monatsgehalt der Metallarbeiter schwankt im allgemeinen zwischen 37 und 51, das der Textilindustriearbeiter zwischen 25 und 33 Rubel.

Was die Familien der Arbeiterschaft betrifft, so verfügt eine Metallarbeiterfamilie vor dem Kriege über einen Verdienst von 63,37 Rubel den Monat, während des Krieges über einen solchen von 65,50 Rubel. Eine Textilarbeiterfamilie hatte vor dem Kriege 47,03 Rubel, während des Krieges nur 42,82 Rubel monatlich. Der Verdienst des Familienhäuptes reichte niemals aus, die ganze Familie zu ernähren, die sich gezwungen sah, nach Nebenverdienst zu greifen. Während des Krieges nahm die Rückständigkeit unmöglich zu. Frauen und halbwachsele Kinder müssen durch ihre Arbeit dazu beitragen, den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Diese Anteilnahme der Familienmitglieder an der Bestreitung der Lebensunterhaltslasten steigerte sich während des Krieges immer mehr. Die ständig durchsetzbar werdenende Leistung bringt auch die nicht ganz erwachsenen Mitglieder der Familie zu allerhand Nebenverdiensten. Die Gunstnahme der Frauarbeit macht sich ganz besonders bemerkbar. Bei allem hat die Arbeitersfamilie schwer mit Nahrungsversorgung zu kämpfen. Aus den Angaben der Textilindustriearbeiter geht hervor, daß eine Arbeitersfamilie dieser Industriebranche vor dem Kriege für Wohnung und Nahrung 67 v. H. ihres Verdienstes ausgab, jetzt aber während des Krieges ganze 105 v. H. ihres Verdienstes ausgeben muß, d. h. sie kommt mit ihrem Verdienst nicht aus, trotz aller Einschränkungen.

### Japan.

Zur Lage der Arbeiter. (IK) In der heutigen Imperialistischen Welt nimmt Japan eine ganz besondere Stellung ein. Einerseits verfügt es über außerordentlich billige Arbeitskräfte, andererseits über ein unschönes Siedlungsgebiet — China. Aus Japan kommen ungeheure Mengen von Webstoffen nach China.

Aber weder die für den inneren Markt, noch die für den äußeren Markt arbeitende Industrie ist in stande, das japanische Kapital zu stützen. Daher in der letzten Zeit sich in Japan geltend machen die Streben nach Ausfuhr des Kapitals in neue Gebiete. Die Politik des Schaffens von „Einfußsphären“ und Kolonien findet hier wie überall beredte und eifrige Wortschriften innerhalb eines gewissen Teiles der Bildeten. Japan besitzt einen großen Überdruss an akademisch gebildeten Kräften, und diese sind davon überzeugt, daß nur eine imperialistische Politik in der Lage ist, die „Einfußsphäre“ Japans zu erweitern und es aus dem gegenwärtigen unerträlichen Zustand zu befreien.

Zu diesen äußeren Bedingungen, die dem japanischen Kapital die Wege ebnen, kommt noch die große Bedürfnis- und Nachfrage des japanischen Proletariats hinzu. Der japanische Genosse Katahara machte mehrere Versuche, die Ausgebeute mit einander zu vereinigen, aber jedesmal stieß er auf unüberwindliche Hindernisse. Im Jahre 1897 gründete er in der Hauptstadt Tokio einen gewerkschaftlichen Verband von Metallarbeitern, der 2000 Mitglieder zählte. Aber dieser Verband löste sich auf.

Um Jahre 1898 verfügte derselbe Genosse, die Mechaniker und die Drucker zu organisieren. Aber auch diese beseitigten Arbeitersichtungen waren nicht imstande, ihre Organisation aufrecht zu erhalten. Um Jahre 1901 gründete er eine sozialistische Partei, aber diese wurde sofort von der Regierung im Reime erschlagen. Im Jahre 1914 gegründete Arbeiterpartei wurde ebenfalls von der Regierung unter dem Vorwande gestoppt, daß die Arbeiter allzu arm, allzu ungebildet seien und achtlosen Verkäufern einflossen, um eine Partei etablieren zu können.

Warum es in Japan so schmerzt, Arbeiterorganisationen zu gründen und aufrecht zu erhalten, wird aus folgendem Umstände klar werden: 70 v. H. der industriellen Arbeiterschaft besteht aus Frauen. In dem bürgerlichen Blatt The Japanese Chronicle findet wir folgende Schilderung der Lage der japanischen Arbeiterschaft: „Es wird in den japanischen Fabriken ungefähr 500 000 Arbeitern geben, von denen 300 000 im Alter von 22 Jahren sind. 400 000 von diesen weiblichen Arbeiterschaft sind in Textilindustrien beschäftigt. 70 v. H. wohnen in den Fabriken selber, d. h. unterliegen einer Gefangenisausicht. In den Stofffabrikations ist der Arbeitstag 13 bis 14 Stunden, in den Gewebeindustrien 14 bis 16 Stunden. Kein Wunder, daß in diesen Industrien die Gesundheit der Arbeiterinnen in einem vollständig unehrenhaften Zustand sich befindet. In den Gewerbeindustrien arbeiten die Frauen auch nachts. Kein Mensch ist in stande, diese Arbeit mehr als ein Jahr auszuhalten; für gewöhnlich endet sie mit Tod, Krankheit oder Flucht. 80 v. H. der Frauen verlassen jedes Jahr diese schrecklichen Stätten des Elends, aber immer kommen neue Scharen an ihre Stelle.“

Das japanische Kapital kennt keine Grenzen in der Ausbeutung dieser Sklavinnen der Arbeit, und es sind ungeheure Anstrengungen erforderlich, um die Arbeiterschaft gegen die ausdeutlichen Pläne des Unternehmers zu erheben.

### Eingegangene Schriften

Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Der Kruppsche Kleinwohnungsbaus. Mit 150 Bildtafeln sowie vielen Textabbildungen. Mit begleitendem Text der Bauberatungsfirme Dr.-Ing. Hermann Heder, Düsseldorf. Zweite Auflage. Heinrich-Kultur-Verlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden. Bei Vorausbestellung 10 Teile zu je 1 M (Postgebühr 10 P.). Nach Ertheilung vollständig gebunden 12 M (Postgebühr 50 P.). — Der vorliegende Teil enthält eine kurze Geschichte des Kruppschen Wohnungsbaues und Darstellungen der Kolonie Margarethen und Friedrichshof mit Ansichten und Plänen von Einzel-, Gruppen-, Groß- und mehrstöckigen Häusern. Man wird über die „vorbildliche“ Wirtschaftlichkeit der Firma Krupp zum Teil anderer Meinung sein können als der Herausgeber. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Kruppschen Arbeiter ohne die Wohnungsfürsorge der Firma in betreff ihrer Behausung noch übler dran gewesen wären. Auch lagen bei Beginn der Fürsorge noch wenig Erfahrungen auf diesem Gebiete vor, ferner war man damals vielfach noch der Meinung, daß für Arbeiter das Schlechte gut genug sei. Nachdem sind ja Fortschritte gemacht worden. Ein abschließendes Urteil über das Werk kann man natürlich erst dann fällen, wenn das ganze Werk vorliegt. Auf jeden Fall kann es für Regierungsbehörden, Gemeinden, Industrielle, Genossenschaften und Bauaufsicht eine Fülle wertvoller Anregungen geben, die mit Vorteil für die Allgemeinheit, besonders für die gewaltigen Aufgaben der Wohnungsfürsorge nach dem Kriege zu dienen mögen.

Die deutsche Gewerkschafts- und Fischerbewegung im Weltkrieg. Von Anton Baumgärtner. (Kriegsprobleme der Arbeiterschaft, Heft 22.) Berlin-Karlshorst 1916. Verlag „Internationale Korrespondenz“ (A. Baumgärtner). 16 Seiten. Preis 10 P.

### Verbands-Anzeigen

#### Mitglieder-Sammlungen.

Bei allen Versammlungen werden Mitglieder aufgerufen.

Samstag, 24. Juni:

Magdeburg. Geflügelgeschäftelei. 8. Weltkrieg. Volkshaus, halb 5 Uhr.

#### Befreiungsmachung.

Seitig. Mittwoch, 12. Juli, abends 8 v. M. Generalversammlung im Volkshaus, Zeiger Str. 32.

#### Gesetzten.

Magdeburg. Wilhelm Baumeister, Arbeiter, 47 Jahre, Magdeleiden 222.

Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co. Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röterstraße 16 B.